



Rundbrief Nr. 02/2022 vom 17.04.2022

Liebe Verkehrsinteressierte, anbei finden Sie wieder die neuesten Informationen zum Thema in zusammengefasster Form.

Die Analyse der politischen Verhältnisse in unserem letzten Rundbrief scheint sich auch ein halbes Jahr nach der Wahl weitgehend zu bestätigen. Dennoch ist das Momentum immer noch durchaus groß, in einer nun neuen Machtkonstellation endlich zu Verbesserungen zu kommen.

Wir waren in den letzten Monaten nicht untätig und haben **zwei zentrale Konzepte** erarbeitet, die für die Verbesserung der Lebens- und Verkehrssituation in unseren Wohngebieten entscheidende Bedeutung haben könnten – sofern Sie uns auf diesem Weg massiv und öffentlichkeitswirksam unterstützen:

- die Sperrung der Straßen in unseren Wohngebieten für LKW > 7,5t (Anlieger frei) mittels „Teileinziehung“
- die Vision eines „Kiezgebietes“ ([Karte](#)), das ein Konzept für die verkehrliche Entwicklung unseres Raums bis 2030 aufzeigt, und anhand dessen man Schritt für Schritt einzelne Punkte in Form von BVV-Anträgen umsetzen kann. Dieses greift Elemente der „Kiezblocks“ auf, und wendet sie auf ein größeres Gebiet zusammenhängender Wohngebiete, durch welche auch übergeordnete Straßen verlaufen, an.

Bezüglich beider Punkte sind wir bereits mit den Parteien sowohl auf Bezirks- wie auch auf Senatsebene in Gesprächen.

Im heutigen Rundschreiben wollen wir uns auf die Sperrung der Straßen mittels Teileinziehung konzentrieren; das Kiezgebiet beschreiben wir im nächsten Rundbrief. Dennoch können Sie sich das [Konzept für ein Kiezgebiet \(PDF\)](#) bereits hier herunterladen und ansehen.

1. Fehlnutzung von Straßen in Wohngebieten durch überregionalen LKW-Verkehr vermeiden: Ihre Abgeordneten sagen Ihnen, das geht nicht ? Geht doch – man muss es nur wollen.

Wie in den letzten Rundbriefen bereits angekündigt haben wir basierend auf dem Gutachten der Kanzlei für Verwaltungsrecht Thorsten Deppner¹ einen fertigen Antrag für die Bezirksverordnetenversammlung Pankow erarbeitet. Dieses ursprünglich von den GRÜNEN in Auftrag gegebene Gutachten hat unsere langjährige Auffassung bestätigt, dass der Schwerlastverkehr in unseren Wohngebieten eine regelwidrige Nutzung der Straßen darstellt, da dieser zum allergrößten Teil aus überregionalem Verkehr, nicht aber aus lokalem oder stadtteilübergreifendem Verkehr besteht. Lt. Berliner Straßengesetz wie auch gemäß der Einteilung der Straßen in Kategorien I-IV der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität und Klimaschutz befinden sich in unseren Wohngebieten nur Straßen der Kategorie II, bzw. Funktionsstufen III und IV. Lediglich die Friedrich-Engels-Straße ist als Funktionsstufe II klassifiziert. Die bei uns stattfindenden überregionalen LKW-Verkehre sind jedoch straßenrechtlich auf Straßen der Kategorie I bzw. Funktionsstufe I abzuwickeln – und demgemäß auf den Straßen unserer Wohngebiete verkehrsplanerisch nicht vorgesehen.

¹ https://gruene-fraktion-pankow.de/userspace/BE/fraktion_pankow/Dateien/TD21-037-01_Gutachten_Schwerlastverkehr_Pankow_Website.pdf

Wir gehen davon aus, dass ca. 60% der LKW aus dem Westteil der Stadt kommen, und nur weil das Navigationsgerät ihnen den kürzesten Weg durch unsere Wohngebiete auf dem Weg zur Autobahn anzeigt, hier entlang auf dem Weg zur Autobahn fahren. Demzufolge könnten diese LKW unsere Wohngebiete auf überwiegend vierspurig ausgebauten Straßen der Kategorie I ohne relevanten Umweg umfahren. Zu 40% fahren Entsorgungsbetriebe u.a. aus dem Gewerbegebiet Flottenstraße und in Reinickendorf ansässiger Speditionen durch unsere Wohngebiete. Auch hierfür stünden in akzeptabler Nähe besser geeignete Straßen zur Verfügung (siehe [Karte auf unserer Webseite](#), blaue Umfahrrouten).

Hier finden Sie unsere ausgearbeitete Beschlussvorlage für die Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin und das Abgeordnetenhaus Berlin:

[„Regelwidrige Nutzung von Wohngebieten in Rosenthal, Niederschönhausen und Wilhelmsruh durch überregionalen Schwerlastverkehr beenden“ \(PDF\)](#)

Für unseren Antrag nutzen wir das Mittel der straßenrechtlichen „**Teileinziehung**“. Die Teileinziehung wird regelmäßig von Bezirken und auch vom Senat (zuletzt in der Friedrichstraße im Bezirk Mitte) genutzt, um bestimmte Verkehrsarten aus einem Gebiet oder einer Straße auszuschließen, für die sie oder ihr Umfeld nicht geeignet sind. Genau das trifft auch bei uns zu.

Das Konzept funktioniert nur sinnvoll, wenn **alle übergeordneten Straßen in unserem Gebiet gleichzeitig eingezogen** werden, und dadurch ein **einheitlicher Verkehrsraum**, (siehe [Karte – blaue Zone](#)) in dem es „Anlieger“ mit Ziel oder Quelle im Gebiet gibt, entsteht – sowie nicht-Anlieger ohne Ziel und Quelle im Gebiet. Letztere sind der überregionale Schwerlastverkehr, der in unseren Wohngebieten gemäß Straßengesetz und Verkehrsplanung nichts zu suchen hat – auch wenn Politiker/-innen und Verwaltungsmitarbeiter Ihnen erzählen wollen, dass das hier normal sei und man dagegen nichts tun könne.

Nur durch Einrichtung eines Verkehrsgebietes kann einerseits örtlicher LKW-Verkehr erlaubt („Anlieger“), und überregionaler LKW-Verkehr (nicht-Anlieger) andererseits vermieden werden. Dieses Gebiet ist auch Grundlage für unser Konzept zur weiteren verkehrlichen Entwicklung mit vielen anderen Maßnahmen – das „Kiezgebiet“. Hierzu mehr im nächsten Rundbrief.

Bei der Teileinziehung gibt es zwei für uns günstige Besonderheiten: erstens handelt es sich hier um eine **stadtentwicklungspolitische Maßnahme**, die unabhängig von den sonst starren Vorschriften der StVO umgesetzt werden kann. Wie im letzten Rundbrief bereits beschrieben verhindert die autozentrierte StVO fast immer eine Verkehrsberuhigung oder den Schutz der Anwohnenden, da sie primär für den motorisierten Verkehr gemacht wurde und hohe Hürden aufstellt, diesen einzuschränken. Zweitens kann die Teileinziehung zumindest für die Straßen der Kategorien III und IV (bei uns alle Straßen außer der Friedrich-Engels-Straße) **allein vom Bezirk** und zur Not **sogar gegen den Willen des Senats** umgesetzt werden. Das ewige Pinpong-Spiel, das Politik und Verwaltung mit uns spielen und Verantwortlichkeiten immer auf die jeweils andere Ebene verweisen, zieht hier also nicht. **Der Bezirk und die politischen Vertreter/-innen der Parteien in Pankow haben es hier in der Hand, und müssen endlich Farbe bekennen, ob er unsere Wohngebiete als Wohngebiete – oder doch lieber als Autobahnzubringer für Industrieverkehre entwickeln will.** Genau darum geht es jetzt, und genau diese Entscheidung muss jetzt getroffen werden – und es gibt keine Ausreden mehr!

Wer sagt, dass man überregionalen LKW-Verkehr aus unseren Wohngebieten nicht heraushalten könne, oder wer Vorschläge ohne Nennung einer besseren Alternative ablehnt – der/die ist offenbar der Meinung, dass auf den Straßen auch künftig das Recht des Stärkeren gelten soll, und die Menschen in Wohngebieten im Norden von Pankow auch die nächsten 50 Jahre noch „unter die Räder“ kommen sollen.

Gerne wird in diesem Zusammenhang auch von Politiker/-innen die „Verlagerung von Industriegebieten“ aus Reinickendorf heraus, oder das Thema „Güterverkehr auf die Schiene“ vorgebracht. Beide Lösungen haben gemein, dass man erst einmal nichts tun muss, und die meisten betroffenen Menschen während ihrer verbleibenden Lebenszeit mit ihren Problemen alleine gelassen werden.

Um **jetzt** Lösungen umzusetzen brauchen wir Ihre Unterstützung. Wir bitten Sie:

- Machen Sie sich mit unserem Antrag auf Teileinziehung vertraut

- Kontaktieren Sie die die Bezirksverordneten von Pankow, und Ihre Abgeordneten für das Abgeordnetenhaus in Berlin
- Weisen Sie auf die Problematik der Schwerlastverkehre in unseren Wohngebieten hin und schildern Sie, was das für uns jeden Tag bedeutet !

Kritiker/-innen werden typischerweise die folgende Argumente ins Feld gegen eine Teileinziehung unserer Straßen für den LKW-Verkehr ins Feld führen:

- **„Juristisch nicht umsetzbar“** – die Frage der juristischen Umsetzbarkeit und auch der Angreifbarkeit mittels Klagen wurde explizit juristisch mit geprüft (siehe Ausführungen im Gutachten, oben als Fußnote verlinkt), und da die Teileinziehung eine stadtentwicklungspolitische Maßnahme und nicht eine Maßnahme der StVO ist, ist das Risiko der Angreifbarkeit sehr gering.
- **„Es gäbe dann keine Versorgung mehr“** – das ist falsch, denn LKW zur Ver- und Entsorgung für Supermärkte oder Müll sind Anlieger, und damit nicht betroffen. Ebenso sind Busse von einer LKW-Sperrung nicht betroffen. Ebenso sind Handwerker Anlieger und Baufahrzeuge mit Ziel im Gebiet Anlieger und damit nicht betroffen. Nur LKW>7,5t, die weder Ziel noch Ursprung innerhalb des Gebietes haben, dürften dann nicht mehr durchfahren – und um genau diese LKW geht es !
- **„Das kann doch keiner kontrollieren“** – die Auswirkungen werden dahingehend erheblich sein, da bei ca. 60% der LKW unsere Wohngebiete von den Navigationsgeräten verschwinden und diese weiträumig umfahren werden. Die übrigen 40% LKW, die für ortsansässige Firmen in Reinickendorf Transporte in andere Teile des Landes fahren, werden nicht auf Dauer das Verbot ignorieren können – zumindest wenn die Fahrer nicht ihren Führerschein bei wiederholter Anzeige riskieren wollen.
- **„Verkehr wird doch nur woanders umgeleitet, und die Lasten bei Anderen abgeladen“** – auch das ist nicht richtig, denn es macht einen großen Unterschied, ob 400LKW/Tag durch eine enge Dorfstraße oder über eine vierspurig ausgebaute Bundesstraße (siehe [Umfahrungsrouten auf der Karte](#)) mit einer sonstigen Verkehrsbelastung von 100.000 Fzg./Tag fahren. Genau dies sind die Straßen Kategorie I bzw. Funktionsstufe I – die für solche Verkehre vorgesehen sind. Hier dürfte die Mehrbelastung durch umfahrende LKW kaum merkbar sein, und diese Straßen führen typischerweise auch nicht durch reine Wohngebiete mit offener Wohnbebauung, wo die Menschen dem Lärm und den Erschütterungen schutzlos ausgesetzt sind.

Sie sehen also, dass die typischen Gegenargumente in diesem Fall keine Substanz haben. Noch einmal: Politik und Verwaltung müssen sich **jetzt endlich entscheiden**, ob in Wilhelmsruh, Rosenthal und Niederschönhausen Wohngebiete mit gesunden Lebensbedingungen und moderner Mobilität für Alle weiterentwickelt werden sollen, oder ob man aus Bequemlichkeit und politischer Mutlosigkeit den Bürger/-innen weiterhin erzählt, dass man hier nichts unternehmen könne.

An dieser Stelle müssen wir bereits leider anmerken, dass der Bürgermeister Pankows scheinbar seine Zusagen von vor der Wahl offenbar bereits vergessen hat, und bislang zum Team „Mutlos – Planlos – Konzeptlos“ tendiert. Wie er [auf seiner Webseite](#) nachzulesende Versprechen von einer gesünderen, besseren und gerechteren Mobilität für alle einlösen will, bleibt vorerst sein Geheimnis.

Die Lösung liegt nun auf dem Tisch, und die Politik hat alle Mittel in der Hand, nun zu handeln. **Und auch hier noch einmal: die Politik wird sich nur bewegen, wenn jetzt aus den betroffenen Wohngebieten von der Bevölkerung massiv Druck entsteht, hier zu einer Lösung zu kommen.**

Daher gilt jetzt:

- **Bürgermeister und Bezirksverordnete anrufen und anschreiben**
- **Mit uns auf die Straße gehen – hierzu werden wir in Kürze wieder Demo-Termine mitteilen**
- **Zu unseren Treffen kommen – auch hierzu wird es wahrscheinlich im Mai wieder Termine, zumindest aber eine öffentliche Online-Veranstaltung geben.**

Wir brauchen JETZT Ihre Unterstützung !

Das Konzept des „Kiezgebietes“ erläutern wir im kommenden Rundbrief.

Was können Sie tun:

- **Unterstützen Sie ihre lokale Bürgerinitiative** (<https://verkehr-pankow.de/uebersichtskarte/>); einige bereiten derzeit Flugblattaktionen zur besseren Vernetzung vor (wir werden berichten)
- **Ganz wichtig: abonnieren Sie unseren Rundbrief** und bringen Sie vor allem Ihre Freunde/-innen, Kollegen/-innen und Nachbarn dazu, dies auch zu tun. Für uns ist diese Kommunikationsform sehr effektiv und wichtig! Leiten Sie einfach diesen PDF-Rundbrief per e-mail weiter. Den Rundbrief können Sie hier abonnieren: <https://verkehr-pankow.de/newsletter-service/>
- **Folgen Sie uns auf Twitter (@verkehr_pankow)**, wenn wir über unsere Aktionen berichten, Infos teilen und mit dem Bürgermeister und Parteien diskutieren - und teilen Sie unsere Beiträge – Twitter ist das derzeit wirksamste Medium, um unsere Forderungen in die Politik und Öffentlichkeit zu tragen. Je mehr Menschen dort in unserem Sinne aktiv sind, unsere Beiträge unterstützen, beantworten, teilen, weiterleiten, umso besser !
- Um unsere **aktuellsten Meldungen zu lesen**, müssen Sie nicht einmal bei Twitter sich anmelden, klicken Sie einfach auf https://twitter.com/verkehr_pankow
- Kommen Sie zu unseren Treffen (demnächst!)

www.verkehr-pankow.de

Verein für nachhaltige Verkehrsentwicklung e.V.,
Kastanienallee 120a, 13158 Berlin

